

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr.-Ing. Kansy, Niegel, Dr. Daniels, Dörflinger, Link (Frankfurt), Linsmeyer, Magin, Dr. Möller, Pesch, Frau Rönsch (Wiesbaden), Frau Roitzsch (Quickborn), Ruf, Zierer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Grünbeck, Frau Dr. Segall, Gattermann, Beckmann, Dr. Haussmann, Dr. Feldmann, Dr. Graf Lambsdorff und der Fraktion der FDP

„Neue Heimat“

Die „Neue Heimat“ gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Hamburg, ist mit ihren Tochterunternehmen das größte Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Alleinige Eigentümer sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften.

Für die „Neue Heimat“ gelten die vom DGB beschlossenen Grundsätze für gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Danach soll sie

- den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern und Mißstände beseitigen,
- sich dem Gemeinwohl verpflichten,
- beispielhaft sozial- und gesellschaftspolitische Forderungen der Gewerkschaften verwirklichen,
- zeigen, durch welche Strukturen und Verhaltensweisen die von den Gewerkschaften angestrebte Ordnung geprägt sein soll.

Das tatsächliche Verhalten der „Neuen Heimat“ steht in krassem Gegensatz zu diesen hochgesteckten Zielen und Erwartungen:

- eine maßlose Expansionspolitik,
- die Mißachtung finanzieller Grenzen,
- eine beispiellose Grundstücksspekulation,
- ein haarsträubendes unternehmerisches Fehlverhalten und
- schuldhaftes Mitwirken der Gewerkschaften als Eigentümer

haben das Unternehmen, das die Vorteile der Gemeinnützigkeit genutzt hat, an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund als Eigentümer der „Neuen Heimat“ weigert sich, das Unternehmen finanziell zu stützen, obwohl er über Vermögenswerte in Milliardenhöhe verfügt. Des-

halb mußte die „Neue Heimat“ bereits rund 70 000 Wohnungen verkaufen und hat den Verkauf von mindestens 60 000 weiteren Wohnungen angekündigt. Die bundesweiten Verkäufe haben zu einer Verunsicherung und Verängstigung der Mieter geführt. „Neue Heimat“ und DGB nehmen entgegen ihren bisherigen Äußerungen keine Rücksicht auf gemeinnützige und auf die von ihnen immer wieder propagierten gemeinwirtschaftlichen Prinzipien. Die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, die Immobilienpreise und die Wohnungsbaufinanzierung sind noch nicht abzusehen.

Die Weigerung des DGB, die gemeinnützige „Neue Heimat Wohnungsbau“ finanziell zu stützen, ist um so unverständlicher, als der nicht gemeinnützigen „Neuen Heimat Städtebau“ Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. DM zugeführt worden sind. Unverständlich ist auch, daß die „Neue Heimat“ und der DGB die öffentliche Hand auffordern, sich mit Steuergeldern an der Sanierung und damit an der Übernahme von Verlusten der „Neuen Heimat“ zu beteiligen, während sie es ablehnen, die wirtschaftliche Situation der „Neuen Heimat“ durch einen neutralen Gutachter prüfen zu lassen. Dies hatten DGB und „Neue Heimat“ den Bauministern des Bundes und der Länder am 5. Februar 1986 zugesagt.

Es muß angenommen werden, daß die „Neue Heimat“ mehrfach bewußt gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verstoßen hat und Nachteile nicht nur für die Mieter, sondern auch für die Kommunen, die Länder und den Bund entstanden sind. Zumindest in einem Bundesland liegt der zuständigen Anerkennungsbehörde, nämlich dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf, seit November 1984 ein Antrag der Oberfinanzdirektion Düsseldorf vor, der „Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen“ nachträglich die Anerkennung als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen zu entziehen. Darüber ist bisher nicht entschieden worden.

Das Fehlverhalten der „Neuen Heimat“ hat ein Ausmaß erreicht, das bundesweite Folgen zeigt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Schutz der Mieter

1. Wieviel Mietwohnungen hat die „Neue Heimat“ bisher veräußert
 - an die gewerkschaftseigene, aber nicht gemeinnützige BG-Immobilien-gesellschaft,
 - an andere Wohnungsunternehmen oder Kapitalanleger,
 - an die öffentliche Hand,
 - an Mieter,und ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Wohnungen die „Neue Heimat“ noch zu veräußern beabsichtigt?
2. Wie sind die Mieter vor dem Verlust ihrer Wohnungen bei einer Veräußerung geschützt und müssen sie mit Mieterhöhungen rechnen?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der „Neuen Heimat“ und des DGB, die öffentlichen Hände müßten einen Beitrag leisten, damit die sozialen Bindungen für die zu verkaufenden Wohnungen nicht verlorengehen? Wie sind die massiven Wohnungskäufe durch das Land Nordrhein-Westfalen zu beurteilen?

II. Schutz der Arbeitnehmer

1. In welchem Umfang sind in den letzten Jahren Arbeitsplätze als Folge von Fehlentwicklungen bei der „Neuen Heimat“ abgebaut worden?
2. Sind weitere Arbeitsplätze gefährdet?

III. Gefahren für den Wohnungsmarkt

1. Kommt es durch einen weiteren Verkauf von Wohnungen durch die „Neue Heimat“ zu einem Verfall der Immobilienpreise?
2. Ist das Wohnungseigentum der selbstnutzenden Eigentümer oder anderer Gruppen gefährdet?
3. Sind negative Auswirkungen auf die Bauwirtschaft zu befürchten?

IV. Auswirkungen auf die Gläubiger

1. Wie hoch sind
 - die Schulden,
 - das Vermögen und
 - das Eigenkapital der „Neuen Heimat“?
2. Welcher Anteil der Verbindlichkeiten entfällt auf die Banken, welcher auf die öffentliche Hand?
3. Besteht die Gefahr, daß die „Neue Heimat“ infolge Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit in Konkurs gehen kann?
4. Wer gehört bzw. gehörte Vorstand und Aufsichtsrat an?
Hat der Aufsichtsrat seine Pflichten wahrgenommen?
5. Inwieweit haften die Aufsichtsratsmitglieder und die Eigentümer; ergibt sich darüber hinaus für den DGB eine zusätzliche Verpflichtung aufgrund der Sozialbindung des Eigentums?
6. Welche Konsequenzen ergeben sich für einzelne Banken, für das Kreditwesen insgesamt und für die öffentliche Hand, wenn auf bestehende Forderungen gegenüber der „Neuen Heimat“ verzichtet werden muß?

V. Staatliche Hilfen für die „Neue Heimat“

1. In welchem Umfang hat die „Neue Heimat“ Steuermittel und Steuerbefreiungen bisher erhalten?

2. Hat die „Neue Heimat“ ein Sanierungskonzept vorgelegt?
3. Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Bundesregierung für eine Sanierung der „Neuen Heimat“ erforderlich?

VI. Verstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG)

1. Wer kontrolliert, ob sich die „Neue Heimat“ gemeinnützig verhält, und wie wird die Geschäftstätigkeit kontrolliert?
2. Sind der Bundesregierung konkrete Verstöße der „Neuen Heimat“ gegen das WGG bekannt, und hat es insbesondere unzulässige Geschäfte, Vermögensverschiebungen zugunsten anderer gewerkschaftseigener Gesellschaften gegeben? Hat die „Neue Heimat“ Provisionen von Auftragnehmern gefordert und entgegengenommen?
3. Hat die „Neue Heimat“ entgegen den Vorschriften Gewinne an die Eigentümer, nämlich die Gewerkschaften, ausgeschüttet?
4. Ist der Bundesregierung diese Spendenpraxis der „Neuen Heimat“ bekannt, und wie ist diese gemeinnützigkeitsrechtlich zu beurteilen?
5. Gibt es Anhaltspunkte für eine Einflußnahme der „Neuen Heimat“ auf Prüfer, Aufsichtsbehörden und Dritte?
6. Ist die Geschäftspolitik der „Neuen Heimat“ von den Prüfungsverbänden und von den Aufsichtsbehörden beanstandet worden, und wurde dabei erwogen, der „Neuen Heimat“ die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, und welche Folgen können sich daraus ergeben?

VII. Folgerungen der Bundesregierung aus den Vorgängen bei der „Neuen Heimat“

1. Ist bereits in vollem Umfang abzusehen, welche Konsequenzen aus den Vorfällen bei der „Neuen Heimat“ für die Wohnungsgemeinnützigkeit, die vom DGB stets propagierte Gemeinwirtschaft und den Mieterschutz gezogen werden sollten oder sind weitere Informationen erforderlich?
2. Welche der vom DGB stets betonten gemeinwirtschaftlichen Grundsätze und welche Grundsätze der Gemeinnützigkeit werden durch die negativen Erfahrungen mit der „Neuen Heimat“ in Frage gestellt?
3. Lassen sich Probleme, wie sie bei der „Neuen Heimat“ aufgetreten sind, durch schärfere Kontrollen vermeiden oder müssen andere Lösungen gesucht werden?

Bonn, den 16. April 1986

Dr.-Ing. Kansy
Niegel
Dr. Daniels
Dörflinger
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Magin
Dr. Möller
Pesch
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Ruf
Zierer
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Grünbeck
Frau Dr. Segall
Gattermann
Beckmann
Dr. Haussmann
Dr. Feldmann
Dr. Graf Lambsdorff
Mischnick und Fraktion

